



18.09.2017: Das deutsche

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) macht sich für die weitere Zulassung von Glyphosat stark. Glyphosat sei unbedenklich, so das BfR. Jetzt berichtet das Umweltinstitut München, dass das BfR seine Bewertung über viele Seiten aus dem Zulassungsantrag von Monsanto abgeschrieben hat. ++ Entscheidung der EU über Verlängerung der Zulassung fällt nach der Bundestagswahl ++ CDU/CSU und Agrarindustrie für Verlängerung

Glyphosat ist eines der umstrittensten Unkrautvernichtungsmittel: Während die zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehörende Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) die Chemikalie als "wahrscheinlich" krebserregend einstuft, halten die EU-Chemieagentur ECHA und das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ein solches Risiko für "unwahrscheinlich".

Unter dem Druck von Umweltschützern haben die EU-Staaten sich 2016 nicht auf die geplante Verlängerung der Zulassung um neun Jahr einigen können. Die EU-Kommission hatte dann im Juni vergangenen Jahres nach einer monatelangen Hängepartie mangels einer Mehrheit der Mitgliedstaaten für oder gegen Glyphosat die Zulassung vorerst um anderthalb Jahre bis Ende 2017 verlängert. Frankreich stimmte gegen eine Verlängerung; Deutschland enthielt sich, weil die Bundesregierung in dieser Frage gespalten ist - Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ist gegen eine Verlängerung der Zulassung, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) dafür.

Zum Jahresende läuft die derzeitige Übergangslösung aus. Die EU-Kommission hat im Juli 2017 eine Verlängerung für weitere zehn Jahre vorgeschlagen. Es gebe keinen Grund, den Stoff als krebserregend einzustufen, so EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis - und beruft sich dabei u.a. auf die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Die Entscheidung wird nach der Bundestagswahl fallen. Um mit Ja oder Nein stimmen zu können, muss sich die Bundesregierung - anders als jetzt - einig sein. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich zuletzt klar pro Glyphosat ausgesprochen.

"Systematischer Regelbruch" der Behörden

Bereits seit längerem wird dem deutschen Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) und der Europäischen Chemikalienbehörde (ECHA), die an der Wiederezulassung von Glyphosat beteiligt sind, "systematischer Regelbruch" vorgeworfen. Systematisch haben diese Institute Studien und Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung von Glyphosat aussortiert. Bei der Auswertung

von sieben Studien verstießen die Behörden zudem eindeutig gegen ihre eigenen Richtlinien. Das ist von großer Bedeutung, denn es genügen zwei voneinander unabhängige Studien mit positiven Krebsbefunden, um eine Substanz als krebserregend einzustufen. Im Fall von Glyphosat weisen mindestens 7 von 12 dieser Langzeitstudien positive Krebsbefunde auf. Die daraus folgende Konsequenz müsste eigentlich lauten: Keine Wiederzulassung für Glyphosat! (siehe Analyse "[Glyphosat und Krebs: Systematischer Regelbruch durch die Behörde](#)")

Behörde schreibt Bewertung von Monsanto ab

Jetzt wurde bekannt, dass das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) seine Bewertung des Totalherbizids Glyphosat über viele Seiten aus dem Zulassungsantrag von Monsanto abgeschrieben hat. Dies [berichtet das Münchner Umweltinstitut](#) unter Bezug auf die britische Zeitung The Guardian ([EU report on weedkiller safety copied text from Monsanto study](#)).

Das Umweltinstitut schreibt: "Die Bewertung des BfR war die entscheidende Vorarbeit für die europäischen Behörden und die kommende Abstimmung über die weitere Zulassung des Wirkstoffs in der EU. Weil Deutschland der »berichterstattende Mitgliedsstaat« ist, hatte das BfR die Vorarbeit für die Bewertungen durch die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) und die Europäische Chemikalienbehörde (ECHA) gemacht. Dabei hat das BfR die Bewertung von wissenschaftlichen Studien über die krebserzeugende, fruchtbarkeitsschädigende und DNA-schädigende Wirkung von Glyphosat aus dem Zulassungsantrag von Monsanto abgeschrieben. Genau diese Stellen sind nach europäischem Recht entscheidend für die Frage, ob Glyphosat überhaupt wieder zugelassen werden darf oder verboten werden muss."

Aber das BfR hat nicht nur abgeschrieben, sondern die Bundesregierung hat auch versucht, das zu verschleiern. Das Münchner Umweltinstitut zitiert eine Antwort von Staatssekretär Peter Bleser (CDU) aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium auf eine Frage des Abgeordneten Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen):

"Das BfR hat (...) alle von den Antragstellern vorgelegten Originalstudien sowie die in wissenschaftlichen Zeitschriften publizierten Studien in eigener Verantwortung detailliert geprüft und qualitätsgesichert bewertet. Für alle Kapitel wurde vom BfR eine eigenständige Bewertung vorgenommen."

Und weiter

"Auch in dem in Rede stehenden „Volume 3“ des RAR wurde nur die aus der Feder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BfR stammende Bewertung der analytischen Überwachungsmethoden, der Toxikologie der Präparate und Beistoffe, der Anwendungssicherheit, der Rückstandsbewertung sowie aller in wissenschaftlichen Zeitschriften publizierten Studien dargestellt."

Das ist offensichtlich falsch.

Monsanto manipuliert 'wissenschaftliche' Studien und die Öffentlichkeit

Der Skandal beim Bundesinstitut für Risikobewertung ist kein Einzelfall. Am 14. März 2017 berichtete die New York Times wie Monsanto in der Vergangenheit Wissenschaftler und Behörden in den USA beeinflusst hat. Geleakte E-Mails zeigen, dass der Konzern

WissenschaftlerInnen für 'Studien' bezahlt, die Monsanto-freundliche Ergebnisse ausweisen und die Öffentlichkeit darüber hinwegtäuschen sollen, wie gefährlich Glyphosat ist. So habe Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Zudem habe Monsanto gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Mit diesen zweifelhaften Methoden nimmt Monsanto Einfluss auf die öffentliche Meinung und übt Druck auf die EU-Kommission aus, damit diese die Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation ignoriert, die Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" einstuft. (siehe auch ['Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben'](#))

Glyphosat "systemrelevant"

Nach dem "Dieselskandal", bei dem das Betrügen von der Automobilindustrie kartellmäßig abgesprochen und von Bundesverkehrsministerium und den Prüfbehörden gedeckt wurde, erweisen sich auch das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit, das BfR und seine europäischen Partner als Dienstleister der Chemie- und Agrarindustrie. Diese Enthüllungen zeigen die wirkliche Macht hinter der Regierung und diejenigen auf, die die Richtlinien der Politik bestimmen.

In der Finanzkrise waren die Banken systemrelevant und mussten auf Kosten der Bevölkerung und künftiger Generationen gerettet werden. Im Dieselbetrug stellt sich die Bundesregierung als Schutzpatronin vor die Autobranche. Diese sei "systemrelevant". Selbst jetzt weigert sich die Bundesregierung, wirksame Maßnahmen für gesunde Luft in unseren Städten durchzusetzen und die Autos wirksam nachzurüsten zu lassen.

Und weil der Einsatz des Unkrautvernichters aus der industriellen Landwirtschaft nicht mehr wegzudenken ist, der Chemieriese Bayer den Glyphosat-Monopolisten Monsanto für 66 Milliarden Dollar übernimmt, ist auch Glyphosat für die Bundesregierung und die EU "systemrelevant" geworden. Da spielt die Gesundheit der Bevölkerung dann keine Rolle mehr.

Auf Kosten des Menschen - Pablo Piovanos erschütternde Fotos aus Südamerika

Seit über 20 Jahren werden glyphosathaltige Unkrautvernichter in Argentinien eingesetzt. 1996 genehmigte die Regierung unter dem neoliberalen Präsidenten Carlos Menem den Anbau genveränderter Sojabohnen und den Einsatz von Glyphosat-Herbiziden. Sie stützte sich dabei auf Studien des Agrarkonzerns Monsanto, der sowohl das Saatgut als auch das Unkrautvernichtungsmittel herstellt und vertreibt.

"Bayer, das sind die Guten, sagt die Werbung. Weil sie Medikamente verkaufen für die Gesundheit. Aber jetzt fangen wir an zu sehen, dass diese Konzerne in Wirklichkeit Krankheiten verkaufen."

"Man kann es nicht anders nennen als Völkermord. Ein Völkermord durch Tröpfchen."

Pablo Piovano

Untersuchungen der Universität in Córdoba haben ergeben, dass 13 Millionen Menschen in Argentinien von dem Pflanzengift betroffen sind, die Krankheitsstatistiken aus den betroffenen Regionen sind besorgniserregend: Die Krebsrate bei Kindern hat sich verdreifacht. Fehlgeburten und Geburtsschäden mit ungeklärter Ursache haben dramatisch zugenommen.



Der Fotograf Pablo Piovano hat in Argentinien Menschen fotografiert, die auf mit Pflanzenschutzmitteln besprühten Feldern gearbeitet haben. Mit seinen [Fotografien](#) gibt Pablo Piovano dem Schrecken ein Gesicht. Zu jedem Bild skizziert er kurz die Geschichte des Menschen, den es zeigt.

Glyphosat verbieten

Eine [Europäische Bürgerinitiative](#) kämpft für ein vollständiges Glyphosatverbot und hat 1.320.517 Unterschriften gesammelt!

Der Skandal um das Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung belegt, dass sich die Regierungen nicht auf den Bewertungsbericht verlassen dürfen, wenn sie über die Wiedezulassung von Glyphosat abstimmen. Glyphosat muss jetzt verboten werden!

siehe auch

- [Glyphosat: Behörde schreibt Bewertung von Monsanto ab \(Umweltinstitut München\)](#)
- [EU-Kommission und Monsanto stoppen - Glyphosat verbieten! \(kommunisten.de\)](#)
- [Auf Kosten des Menschen - Pablo Piovanos erschütternde Fotos aus Südamerika \(titel, thesen, temperamente\)](#)